

## „Menschenrechte auf allen Ebenen auf dem Rückzug – Herr Breitner, da geht mehr!“

ANREDE,

Am Dienstag war der Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Einiges ist in letzter Zeit passiert im Hinblick auf Menschenrechte. Positives, aber auch Negatives. Heute, 65 Jahre nach der Verabschiedung der Erklärung, müssen wir leider bilanzieren, dass viele der Versprechen, die wir heute eigentlich für Selbstverständlichkeiten halten, noch immer nicht eingelöst sind.

Natürlich: Wir können als Bundesland nicht alle Probleme lösen. Aber unser Anspruch ist, dass wir jeden Millimeter Spielraum nutzen, um die Menschenrechte zu schützen und zu stärken. Hierzu gehört insbesondere auch die Flüchtlingspolitik! Der Erlass vom Freitag, den 6. Dezember, mit dem Innenminister Breitner die Kreise bittet, über die Wintermonate von Abschiebungen in die Länder des westlichen Balkan abzusehen, ist ein solcher winziger Schritt. Ja, es ist ein nettes Nikolausgeschenk – und nein, es ist keinesfalls der humanitäre große Wurf, als der er verkauft werden soll. Fakt ist: Dieser Erlass erschien in letzter Sekunde, gerade noch rechtzeitig, um den koalitionsinternen Streit darüber aus der Öffentlichkeit herauszuhalten.

Wir erwarten mehr von der Küstenkoalition. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung auf allen Ebenen, und insbesondere auch in Europa, für die Wahrung der Minderheitenrechte einsetzt. Was erleben wir stattdessen? Minister

Breitner hat die Innen und Flüchtlingspolitik der drohenden Großen Koalition in Berlin verhandelt, und bisher gibt es kein Signal dafür, dass der Bundesinnenminister mit seiner ausländerfeindlichen und Ressentiments schürenden Ausländerpolitik zukünftig gebremst wird. Stattdessen mutiert Herr Breitner, wie schon einige seiner sozialdemokratischen Vorgänger, als Innenminister zum Hardliner.

Zur europäischen Ebene: Die Europäische Union, vor einem Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, ist nicht die treibende Kraft hinter der Verwirklichung der Menschenrechte. Ihre inkohärente Roma-Strategie hat an den menschenunwürdigen Lebensumständen der Roma in EU-Mitgliedsländern und Nichtmitgliedsländern nichts geändert.

Schlimmer noch. Das Treffen der EU-Innenminister letzte Woche lief auf eine weitere Zementierung des derzeitigen Zwei-Klassen-Europas hinaus: Die für den europäischen Prozess zentrale Freizügigkeit soll weiterhin nur den Reichen im Nordwesten offen stehen – Rumänen, Bulgaren und Kroaten auch im kommenden Jahren immer noch nicht.

Ganz zu schweigen von den zusätzlichen Millionen für Überwachungsprogramme gegen die Kriegsflüchtlinge an den europäischen Außengrenzen – und davor: Neben den meisten nordafrikanischen Ländern hat sich nun auch die Türkei verpflichtet, bei uns nicht gewollte Flüchtlinge „zurückzunehmen“ und so auf ihrem Territorium für uns zu internieren.

Zurück nach Berlin: Wo ist die Handschrift der SPD in der zukünftigen Großen Koalition? Wo ist die Intervention der Bundesregierung in spe gegen die schreckliche Praxis der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik? Seit Jahrzehnten sterben im Tagestakt Menschen an Europas Außengrenzen. Doch auch nach dem Medienspektakel um Lampedusa wird der von allen Seiten geforderte

paradigmatische Politikwechsel hier auch von unserer Seite weiterhin ausgesessen.

Letzte Woche tagte auch die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern und verhandelte wichtige menschenrechtsrelevante Fragen. Auch hier kam es nur zögerlich zu winzigen Schritten in Richtung längst überfälliger Maßnahmen, die den Anschein erwecken sollen, als würde Deutschland sich um die Not anderer Menschen kümmern.

Das viel zu niedrige Kontingent für syrische Flüchtlinge wurde zwar von 5.000 auf 10.000 erhöht – die darüber tatsächlich nach Deutschland gekommenen Menschen sind jedoch immer noch weniger als 1.000. Dieser Beschluss ist zynisch angesichts der von NGOs berechneten mittlerweile um die 10 Millionen kriegstraumatisierter Flüchtlinge inner- und außerhalb Syriens. Hier müssen dringend bürokratische Hürden abgebaut werden!

So wurden auf allen drei relevanten staatlichen Ebenen – EU, Bund und Land – in der letzten Woche, in der sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zum 65en Mal jährte, wichtige Chancen vertan, Menschenrechte ernst zu nehmen und sie stark zu machen. Wieder einmal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion wird dem Wintermoratorium natürlich zustimmen. Aber wir sagen auch ganz klar: Wir nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass es Innenminister Breitner in den letzten Wochen offenbar sichtlich schwer gefallen ist, den Spagat zwischen der angestrebten schwarz-roten Koalition im Bund auf der einen und dem bestehenden rot-grünen Koalitionsvertrag hier im Lande zu vollführen.

Dabei wurde ein waghalsiger Seiltanz aufgeführt. Teilweise hat der Innenminister bei diesem Seiltanz sichtlich überreizt, zum Beispiel beim Thema

Vorratsdatenspeicherung. Man konnte sich fast fragen: Was sind Sie denn nun, Herr Breitner: Innenminister Schleswig-Holsteins – oder Pressesprecher der kommenden Berliner Koalition?

Ja, im Wahlkampf hat man sich von einer in die andere Richtung gelehnt, wie es grad opportun schien. Das kennt man ja schon. Ein paar markige Worte hier, ein wenig Menschenrechtslyrik da. Für rot-grün hat es dann nicht gereicht. Und im Nachhinein zeigte sich dann, dass die „humanitären“ Erlasse des Innenministers den syrischen Flüchtlingen die Zuflucht in Schleswig-Holstein wegen des unsäglichen Finanzierungsvorbehalts sogar eher erschwerten denn erleichterten. Bitter.

In der letzten Plenarsitzung kündigte der grüne Koalitionspartner an, er habe eine Änderung des Erlasses erreicht, und es müssten in Zukunft keine Finanzgarantien von hier lebenden Syrern für die Übernahme sämtlicher Kosten ihrer flüchtenden Verwandten mehr gegeben werden. Diese Ankündigung ist drei Wochen alt – die Umsetzung lässt weiter auf sich warten. Wieder einmal Humanitätslyrik statt echter Willkommenskultur?

Abschließend noch einmal zum Wintermoratorium: Das Moratorium gilt nur für die Nicht-EU-Länder des westlichen Balkan. Wir alle wissen jedoch, dass wir hier in erster Linie über Roma sprechen. Und wir wissen: Die meisten von ihnen leben in der EU. In Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Kroatien und der Slowakei sind sie heftiger Diskriminierung ausgesetzt, auch dort gibt es einen Winter, und auch dort sollten für uns die selben humanitären Kriterien gelten wie in den Nicht-EU-Nachbarländern!

Auf dem bereits erwähnten Treffen der EU-Innenminister jedoch hat die Bundesregierung sich vergangene Woche durchgesetzt: Die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien werden vorerst nicht in den Schengen-Raum aufgenommen. Dies bedeutet nicht nur, dass die Roma bei uns im Lande sich weiterhin auch bei

großer Armut zwangsläufig selbstständig melden müssen, um ihren EU-Aufenthaltsstatus aufrechtzuerhalten – es bedeutet auch, dass ihre Verwandten in Rumänien und Bulgarien noch stärker als bisher als Sündenböcke für die Mehrheitsbevölkerung herhalten müssen: Sie haben nun auch noch die EU-Freizügigkeit verhindert und sind damit aus Sicht ihrer Landsleute nun auch mehr und mehr an der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage schuld. Noch mehr Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen als bisher, darauf läuft es hinaus. Traurig.

Eine künftige schwarz-rote Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag daran nichts wesentliches ändern, sondern in der Flüchtlings- und Migrationspolitik mit erweiterter Überwachung und stärkerer Repression vorgehen. Das wollen wir hier in Schleswig-Holstein so allerdings nicht! Das ist nicht unsere „Willkommens-“ und Anerkennungskultur!

Es müssen dringend auf europäischer Ebene Maßnahmen ergriffen werden, die bislang vor allem von Seiten Deutschlands blockiert wurden. Sonst wird einfach nur ab April wieder abgeschoben und ab nächsten Dezember wieder ein Moratorium verkündet. Herr Breitner, da muss mehr gehen!

Vielen Dank.